AfD-Fraktion im Burger Stadtrat · Kapellenstr. 38 · 39288 Burg

Stadt Burg
Ratsverwaltung
In der Alten Kaserne 2
39288 Burg

EINGEGANGEN
20. MAI 2026
Erled. .....

18.05.2026

Vfg. ① Scan an FBL 1, 4, 3, RV, 2
② Stellungnahmen
③ RV einstellen Tagesdüne/Stadtrat

FBL 4: zusammentragen Schnittstelle Stellungnahme
FBL 1: haushaltsrechtliche Aussage
Stadt 26.5.26

Antrag: 02/2026 Kinderbetreuungskosten -Gleichstellung erwerbstätiger Eltern-
Antragsteller: Stadtratsfraktion AfD
Datum: Stadtratssitzung am 01.07.2026 mit Vorberatung in den Ausschüssen, FIN, KTS und HAS

20

1. Betreff:

Übernahme der Kinderbetreuungskosten für berufstätige Eltern durch die Stadt Burg

2. Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, dass ab dem Jahr 2027 die Kinderbetreuungskosten für die städtischen Kindereinrichtungen (KK, KG und Horte), für berufstätige Eltern, über den städtischen Haushalt getragen werden. Er beauftragt den Bürgermeister die dafür erforderlichen Mittel in den Haushaltsplan 2027 einzustellen. Zur Finanzierung wird vorgeschlagen auf die geplante Stelle eines Kleingartenmanagers zu verzichten und die dafür vorgesehenen Gelder zur Entlastung der Eltern einzusetzen.

Einsparung ? FBL 3

3.Problembeschreibung

Die Bürger leiden immer mehr an einer anhaltend hohen Inflation und stetig steigenden Steuern und Abgaben. Energiekosten und Kraftstoffpreise explodieren geradezu. Neben der Bevölkerung leidet auch die Wirtschaft darunter (Arbeitskräftemangel). Es besteht Handlungsbedarf.

Die jetzige Praxis sieht so aus, dass nicht erwerbstätige Eltern und Bezieher von Sozialleistungen die Kinderbetreuungskosten ganz bzw. teilweise erstattet bekommen und erwerbstätige Eltern nicht. Das stellt eine Ungleichbehandlung dar, die erwerbstätigen Eltern werden finanziell benachteiligt. Das ist ein falsches Signal an die erwerbsfähigen Eltern die zur Zeit keiner Arbeit nachgehen. Die Politik und die Medien fordern das sich Arbeit wieder mehr lohnen müsse. Die jetzige Praxis bewirkt das Gegenteil. Es lohnt sich insbesondere bei mehreren Kindern gerade nicht das beide Elternteile arbeiten gehen. Darauf sollten wir als Stadträte reagieren und Abhilfe schaffen. Ziel muss es sein alle Eltern, ob erwerbstätig oder nicht gleichzustellen und von den Kinderbetreuungskosten zu befreien.

Einen ähnlichen Antrag stellte unsere Fraktion bereits im Jahr 2024. Damals beauftragte der Stadtrat den Bürgermeister damit die Kostenübernahme für erwerbstätige Eltern von der Landesregierung einzufordern.

Dieser Beschluss hat nicht zum erhofften Ergebnis geführt. Der Bürgermeister hat die Problematik der Landesregierung vorgetragen diese wurde aber nicht tätig, die Ungleichbehandlung besteht weiter.

Weiteren Aktivitäten seitens des Bürgermeisters sind nicht bekannt. Zumindest wurde dem Stadtrat darüber nicht berichtet. Der damalige Auftrag des Stadtrates wurde nicht zielführend fortgeführt. Für die betroffenen Eltern oder solcher Eltern die eine Erwerbstätigkeit aufnehmen wollen ist diese Herangehensweise unverständlich, nicht nachvollziehbar und nicht akzeptabel.

Das es gehen kann zeigen Bundesländer wie beispielsweise Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, NRW, Saarland oder Niedersachsen.

Solange die Landesregierung keine Abhilfe zur Gleichstellung erwerbstätiger Eltern herstellt sehen wir die Kommune, hier die Stadt Burg, zum Handeln verpflichtet.

Andere Kommunen wurden bereits selbst aktiv. Beispielhaft wird auf die Städte Heilbronn, Unterföhring, Hamburg und Berlin verwiesen. Hier wurden die Kita- Gebühren abgeschafft.
Dem sollte sich Burg anschließen. Eine Gebührenbefreiung wäre nicht nur eine Entlastung für erwerbstätige Eltern sondern auch ein Standortvorteil für unsere Stadt und aktive Wirtschaftsförderung. Weiterhin würde sie zu direkten Einsparungen in der Verwaltung (Arbeitszeit) führen und u. U. Personalkosten reduzieren.

Hält man dementgegen an der jetzigen Praxis fest bleibt neben der Gleichbehandlung auch die Erschließung potentieller Arbeitskräfte für die heimische Wirtschaft auf der Strecke. Das sollte nicht unser Ziel sein.

Vor diesem Hintergrund bitte ich um Ihre Unterstützung für diesen Antrag

Mit bürgerfreundlichem Gruß

G.Lauenroth
Fraktionsvorsitzender

AfD-Fraktion im Burger Stadtrat · Kapellenstr. 38 · 39288 Burg · fraktionburg@afd-jl.de